

16.09.2009

## Mehr Klima-Hilfe für Entwicklungsländer

Die Aussage des Weltentwicklungsberichts 2010 ist klar: Wirtschaftswachstum und Armutsminderung sind ohne Klimaschutz nicht möglich, sondern müssen zusammen gedacht werden. Die Staaten der Welt müssen **jetzt gemeinsam** handeln und einen **grundlegend anderen** Entwicklungspfad einschlagen. "A climate-smart world is within our reach if we act now, act together, and act differently"! Das ist die Schlüsselbotschaft des neuen Weltbankberichts.

Die Weltbank geht davon aus, dass Entwicklungsländer am meisten unter dem Klimawandel zu leiden haben: Sie schätzt, dass diese etwa 75 bis 80 Prozent der globalen Schäden der Erderwärmung tragen werden und dass, obwohl sie nicht die Verursacher der Klimakrise sind. Die Mittel für Anpassungsmaßnahmen und für den Kampf gegen die Erderwärmung müssen daher laut Weltentwicklungsbericht stark aufgestockt werden. Die Weltbank verweist darauf, dass der Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts fünf Grad Celsius betragen könnte, falls nicht schnell gehandelt wird. Aber selbst wenn der Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius begrenzt werden könnte, würden 100 bis 400 Millionen Menschen mehr unter Hunger leiden, ein bis zwei Milliarden Menschen hätten nicht mehr genügend Wasser und die Wirtschaft in Afrika würde durchschnittlich um vier bis fünf Prozent schrumpfen.

### Industrieländer in der Pflicht

Die Weltbank schätzt, dass jährlich 80 Milliarden US-Dollar bis 2050 für Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern notwendig sind, für die Vermeidung des Klimawandels sogar 400 Milliarden US-Dollar jährlich. Die Entwicklungsländer brauchen technische und finanzielle Unterstützung, um "kohlenstoffarme Entwicklungspfade" einschlagen zu können, die reichen Länder wiederum müssen schnell ihre Kohlendioxid-Emissionen verringern und alternative Energiequellen fördern. Weltbankpräsident Zoellik verlangt von der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dok/300/300441@de.html>) im Dezember eine faire Vereinbarung: "Die Entwicklungsländer sind vom Klimawandel unverhältnismäßig stark betroffen. Sie haben diese Krise nicht herbeigeführt und sind am wenigsten darauf vorbereitet. Aus diesem Grund ist eine faire Vereinbarung in Kopenhagen entscheidend."

### Transformation der Energiesysteme erforderlich

Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der weltweiten Energiesysteme mit dem Ziel, die globalen Emissionen um 50 bis 80 Prozent zu senken. Welche Potenziale zum Umsteuern bestehen, zeigt das Beispiel von prestigeträchtigen Geländewagen (SUV) in den USA: Würden dort alle rund 40 Millionen SUVs durch Fahrzeuge mit EU-Verbrauchsnormen ersetzt, würde dies so viele CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen, wie mit der Elektrizitätsversorgung von 1,6 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern entstünden. Ein wesentliches Problem für verhinderte Entwicklung sieht die Weltbank in dem fehlenden Zugang zu Elektrizität in vielen Entwicklungsländern. Auch massive Investitionen in Agrarproduktion, Energieversorgung, Transportsysteme und städtische Infrastruktur seien laut Bericht notwendig, um die Entwicklungsziele zu erreichen.

Die Weltbank ist aufgefordert, in der eigenen Institution Konsequenzen aus ihren Erkenntnissen zu ziehen. Sie sollte einer der Motoren eines globalen "Green New Deals" werden und ambitionierte Ziele bei der Einführung von Erneuerbaren Energien und bei mehr Energieeffizienz in Entwicklungsländern verfolgen. Auch wäre jetzt der richtige Zeitpunkt für die Weltbank, um endlich aus der Ölförderung auszusteigen.

